



**Anlässlich des Internationalen Tages der Indigenen Völker am 09.08.2026 –
Schutz indigener Gemeinschaften und ihrer Vertreter muss fester Bestandteil deutscher Außen-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik sein**

Göttingen, 07.08.2026

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Alabali-Radovan,

sehr geehrter Herr Bundesminister Wadehul,

am Sonntag, den 09.08.2026, ist Internationaler Tag der Indigenen Völker. Als Gesellschaft für bedrohte Völker setzen wir uns täglich für den Schutz Indigener Völker ein. Dabei beobachten wir, dass besonders diejenigen sich in große Gefahr begeben und verfolgt werden, die für die Rechte ihrer Gemeinschaften, den Erhalt ihrer Territorien und den Schutz von Umwelt und Klima kämpfen.

Wir sind in großer Sorge um die Sicherheit unserer Partner und Verbündeten im Grenzgebiet zwischen Brasilien und Peru, in Kolumbien, in Russland, in Tansania und weiteren Ländern. Sie werden systematisch angegriffen mit dem Ziel, ihre wichtige Arbeit zu stören, zu verhindern, sie zu kriminalisieren und mundtot zu machen. Daher fordern wir Sie auf: Setzen Sie sich gegenüber diesen Staaten und ihren Vertretern nachdrücklich für die Einhaltung verbindlicher Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen sowie der Konvention über indigene und in Stämmen lebende Völker von 1989 (ILO169) ein. Diese Konvention ist das einzige rechtlich bindende Abkommen für die Rechte Indigener Völker.

Während die Bundesregierung die 2007 von den Vereinten Nationen verabschiedete Deklaration der Rechte indigener Völker (UNDRIP) unterstützt, hat diese bisher keinen Eingang in nationale und europäische Gesetzgebung gefunden. Insbesondere die Europäische Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CSDDD) aus 2024 vermeidet ein klares Bekenntnis zu UNDRIP und zum Prinzip freier, vorheriger und informierter Zustimmung.

Der Schutz indigener Gemeinschaften und ihrer Vertreter muss ein fester Bestandteil deutscher Außen-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik sein. Werben Sie für die Ratifizierung und Umsetzung der ILO169 besonders bei Ihren befreundeten europäischen Staaten sowie bei allen Partnerländern.

Als Fundament indigenen Lebens müssen zugleich Wälder, Flüsse, Klima und Biodiversität geschützt werden, denn ohne ihr Land ist das Überleben der indigenen Gemeinschaften in Gefahr. Sie sind Hüter des größten Teils der weltweit

Postfach 2024

D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 499 06-0

Fax: +49 551 580 28

E-Mail: info@gfbv.de

www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation
mit beratendem Status bei den
UN und mitwirkendem Status
beim Europarat

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70
BIC: BFSWDE33HAN

Geschäftskonto

Sparkasse Göttingen
IBAN: DE65 2605 0001 0000 0019 17
BIC: NOLADE21GOE

Eingetragener Verein

Eingetragen im Vereinsregister
des Amtsgerichts Göttingen
Vereinsregister Nr. 1804



noch vorhandenen Biodiversität. Indigene Völker sollten dabei aber nicht nur auf ihren Beitrag zum Natur- und Biodiversitätsschutz reduziert werden. Sie selbst, ihre Kultur und die Art und Weise, wie sie ihr Leben gestalten, sollen gestärkt werden, sodass sie ihr Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen können.

Indigene Menschenrechtsverteidiger stellen sich oft übermächtigen wirtschaftlichen und politischen Interessen entgegen. Hier ist es Aufgabe deutscher Politik, konsequent auf die Einhaltung der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (FPIC) zu achten, wenn Unternehmen in oder in der Nähe von indigenen Territorien agieren. Landrechte müssen uneingeschränkt respektiert werden, prüfen Sie jegliche wirtschaftliche Aktivität, die Einfluss auf indigenes Leben haben könnte. Setzen Sie sich in den Partnerländern Deutschlands konsequent für den Schutz indigener Gebiete ein. Stellen Sie sich an die Seite bedrohter indigener Menschenrechtsverteidiger. Gern vermitteln wir Kontakte und direkte Gespräche, um auszuloten, welche Maßnahmen in den individuellen Fällen nützlich sind.

Sichern Sie bedrohten indigenen Menschenrechtsverteidigern öffentlich Ihre Unterstützung zu. Neben unrechtmäßigen Inhaftierungen und Einschüchterungsversuchen sind überproportional hohe Mordraten und das Verschwindenlassen indigener Anführer eine gravierende Bedrohung. Bekunden Sie öffentlich Solidarität mit diesen Menschen und setzen Sie sich international für ihren Schutz sowie in den konkreten Fällen für ihre Freilassung ein.

Tag für Tag berichten uns unsere Partner und Verbündeten, wie sich die Lage für sie, ihre Territorien und die Rechte der Indigenen Völker weiter zuspitzt. Bitte kommen Sie Ihren Verpflichtungen nach, stellen Sie sich an die Seite der Menschen, die Verantwortung auch für unser gemeinsames Bemühen um Klimaschutz und den Erhalt der Biodiversität übernehmen. Der Tag der Indigenen Völker bietet einen guten Anlass, dem nachzukommen. Wir danken im Voraus für jegliche Initiative für den Schutz Indigener Menschenrechtsverteidiger!

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Sarah Reinke". The signature is written in a cursive, flowing style.

Sarah Reinke, Leitung des Menschenrechtsreferats, Gesellschaft für bedrohte Völker

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Deutschland. Seit fast 60 Jahren setzen wir uns für ethnische, religiöse und sprachliche Minderheiten sowie Indigene Völker ein – überall dort, wo Menschen wegen ihrer Herkunft, Kultur oder Überzeugung bedroht, verfolgt oder entrechtet werden.

Anhang

Wir möchten dieses Schreiben und den Tag der Indigenen Völker zum Anlass nehmen, Sie auf die folgenden aktuellen Fälle aufmerksam zu machen und bitten um Ihre Unterstützung und politische Intervention:

Russländische Föderation: Indigene Völker und nationale Minderheiten haben in Russland heute praktisch keine Möglichkeit mehr, sich für ihre Rechte einzusetzen. Viele ihrer Fürsprecher sind daher schon seit Jahren im Exil. Daria Egereva und Natalia Leongardt haben sich seit Jahrzehnten für die Rechte Indigener Völker eingesetzt, gerade auch auf Ebene der UN. Nach der Rückkehr Egerevas von der COP 30 wurde sie am 17. Dezember 2025 verhaftet. Russische Sicherheitsbehörden hatten an dem Tag Razzien bei weiteren 17 Personen durchgeführt und auch Natalia Leongardt festgenommen. Beide Frauen werden seitdem in einer Moskauer Untersuchungshaftanstalt festgehalten. Der Vorwurf gegen sie lautet Unterstützung einer terroristischen Organisation. Ihnen drohen bis zu 20 Jahre Haft. Bitte setzen Sie sich mit aller Kraft für einen Gefangenenaustausch für Egereva und Leongardt ein. Das ist aktuell die einzige Möglichkeit für die Frauen, freizukommen.

Brasilien und Peru: Im Grenzgebiet zwischen Brasilien und Peru sind derzeit mehrere Führungspersonen der Asháninka bedroht, ganze Gemeinschaften werden durch kriminelle Gruppen als Geiseln festgehalten. Dies betrifft unter anderem die Asháninka-Brüder Benki, Moisés, Wewito und Francisco Piyäko. In Peru stehen die Asháninka Maria Elena Paredes und Arlindo Ruiz unter Druck. Sie setzen sich für die Rechte ihrer Gemeinschaften, den Schutz ihrer Territorien und gegen illegale Ausbeutung ein und sind dafür dringend auf internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung angewiesen. Die von ihnen verteidigten Wälder und Flüsse sowie Klima und Biodiversität bilden wichtige Lebensgrundlagen für die gesamte Region. Bedrohungen gegen Indigene Menschenrechtsverteidiger richten sich damit zugleich gegen den Schutz dieser natürlichen Lebensgrundlagen und gegen gemeinsame Zukunftsperspektiven.

Kolumbien und Peru: In Kolumbien ist die langjährige Partnerin der GfbV, Jazmín Romero Epiayú, seit Jahren massiven Bedrohungen durch bewaffnete

Gruppen ausgesetzt. Auch die Wayúu-Aktivistin Tita Velásquez berichtet regelmäßig von Einschüchterungen und Drohanrufen. In Peru erhält Olivia Bisa Tirko, Präsidentin der Chapra-Nation, aufgrund ihres Einsatzes für den Schutz ihres Territoriums und gegen die Ölförderung nahezu täglich Morddrohungen. In mehreren Ländern bemühen sich Regierungen darum, den Zugang zu Rohstoffen und Agrarflächen zu erleichtern. Indigene Menschenrechtsverteidiger, die sich gegen die damit verbundene Ausbeutung und die Einschränkung ihrer territorialen Rechte wehren, geraten dadurch zunehmend ins Visier.

Tansania: Auch die Maasai in Tansania sind bei ihrem Einsatz für ihre Rechte erheblichen Risiken ausgesetzt. Menschenrechtsverteidiger, die sich gegen die Vertreibung ihrer Gemeinschaften und für den Erhalt ihres Landes einsetzen, müssen mit Repressionen und Verhaftungen rechnen. Aus Sicherheitsgründen agieren viele von ihnen daher zurückhaltend, sprechen nur mit Personen ihres Vertrauens und bitten internationale Partner um Anonymität. Immer wieder kommt es zu Einschüchterungen durch offizielle Stellen. Einige Menschenrechtsverteidiger sehen sich aufgrund der Sicherheitslage sogar gezwungen, Tansania zu verlassen. Der Verlust ihres Landes bedroht nicht nur ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage, sondern auch ihre Kultur und ihre Zukunftsperspektiven.